

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Anne Helm, Katina Schubert und Niklas Schrader (LINKE)**

vom 22. Februar 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Februar 2021)

zum Thema:

Übergriffe auf Geflüchtete im Jahr 2020 und Bleiberechtsregelung für Betroffene von Hasskriminalität IV

und **Antwort** vom 04. März 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 09. Mrz. 2021)

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Frau Abgeordnete Anne Helm (LINKE), Frau Abgeordnete Katina Schubert (LINKE)
und Herrn Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE)

über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/26776

vom 22. Februar 2021

über Übergriffe auf Geflüchtete im Jahr 2020 und Bleiberechtsregelung für Betroffene von Hasskriminalität IV

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. An welchen Orten und zu welchen Zeiten kam es innerhalb von Berlin zu Angriffen, Überfällen, Attacken gegen Geflüchtete bzw. Asylsuchende im Jahr 2020? Bitte einzeln und tabellarisch aufschlüsseln nach:
 - a. Tatzeit (Datum, Uhrzeit),
 - b. Tatort (Bezirk, Straße),
 - c. außerhalb der Unterkunft oder der Wohnung (Ja / Nein),
 - d. Delikt,
 - e. Kurzsachverhalt,
 - f. Themenfelder,
 - g. Unterthema Ausländerthematik,
 - h. Unterthema Asylthematik/gegen Asylunterkünfte,
 - i. Unterthema Hasskriminalität,
 - j. Unterthema Rassismus,
 - k. Pressemitteilung der Polizei (Ja / Nein).

Zu 1.:

Grundlage für die Beantwortung der Anfrage bildet der „Kriminalpolizeiliche Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK). Dabei handelt es sich, anders als bei der „Polizeilichen Kriminalstatistik“ (PKS), um eine Eingangsstatistik. Das bedeutet, der Fall wird sofort gezählt, wenn er bekannt wurde und nicht erst nach Abschluss der Ermittlungen. Die Fallzählung erfolgt tatzeitbezogen, unabhängig davon, wann das Ermittlungsverfahren eingeleitet oder an die Staatsanwaltschaft abgegeben wurde.

Die folgenden statistischen Angaben stellen keine Einzelstraftaten der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) dar. Bei der Darstellung handelt es sich um Fallzahlen.

Ein Fall bezeichnet jeweils einen Lebenssachverhalt in einem engen räumlichen und zeitlichen Zusammenhang mit identischer oder ähnlicher Motivlage, unabhängig von der Zahl der Tatverdächtigen, Tathandlungen, Anzahl der verletzten Rechtsnormen oder der eingeleiteten Ermittlungsverfahren.

Die Fälle der PMK unterliegen bis zum Abschluss der Ermittlungen - gegebenenfalls bis zum rechtskräftigen Gerichtsurteil - einer fortlaufenden Bewertung gemäß der angenommenen Tatmotivation. Neuere Erkenntnisse können demgemäß zu Änderungen führen. Darüber hinaus können Fälle der PMK erst nach dem Statistikschluss bekannt und entsprechend gezählt werden. Deshalb kommt es sowohl unter- als auch überjährig immer wieder zu Fallzahlenänderungen. Es werden nur die Fälle gezählt, die gemäß den bundesweit verbindlichen Verfahrensregeln zur Erhebung von Fallzahlen im Rahmen des KPMD-PMK für Berlin statistisch zu zählen sind. Liegt der Tatort in einem anderen Bundesland, wird der Fall dort statistisch gezählt, auch wenn die Sachbearbeitung im Zuständigkeitsbereich der Polizei Berlin verbleibt.

Zur Beantwortung der Anfrage wurden die Daten aus dem Zeitraum Januar bis Dezember des Jahres 2020 zugrunde gelegt, bei denen als Angriffsziel der Wert „Asylbewerber/Flüchtling“ vergeben wurde.

Für das Jahr 2020 wurden 48 Fälle mit dem Angriffsziel „Asylbewerber/Flüchtling“ registriert. Diese sind in der Anlage 1 aufgeführt, die Sortierung erfolgt nach Tatzeit. Die Erläuterungen für die Abkürzungen befindet sich darunter.

Eine automatisierte Auswertung, ob die Tat außerhalb oder innerhalb einer Unterkunft oder Wohnung stattgefunden hat, ist durch die Polizei Berlin nicht möglich. Gerade bei sogenannten Distanzdelikten handelt es sich bei den angegebenen Anschriften häufig um die Feststelladressen und nicht den Tatort; konkrete Geschädigte sind in diesen Fällen regelmäßig nicht bekannt. Die Schilderung des Tathergangs erfolgte durch Einzelauswertung. Bei der Darstellung musste berücksichtigt werden, dass in den noch nicht abgeschlossenen Verfahren polizeiliche Maßnahmen nicht gefährdet und Rückschlüsse auf handelnde Personen aus Datenschutzgründen vermieden werden.

2. Wie viele Personen wurden im Zusammenhang mit den unter Frage 1 genannten Straftaten insgesamt geschädigt? (Bitte aufschlüsseln nach Alter, Geschlecht, Herkunftsland.)

Zu 2.:

Im Rahmen des KPMD-PMK werden nur Opfer statistisch gezählt. Opfer sind natürliche Personen, die durch eine strafbare Handlung körperlich geschädigt wurden oder geschädigt werden sollten. Personen, die durch eine Straftat auf andere Weise geschädigt wurden, werden statistisch nicht gezählt.

Zu den Fällen zum Nachteil von geflüchteten Menschen wurden zwei männliche Opfer registriert. Ein Opfer besaß die syrische und eines die guineische Staatsangehörigkeit. Bei allen handelte es sich um Erwachsene.

3. Wie viele Tatverdächtige hat die Polizei im Zusammenhang mit den unter Frage 1 genannten Straftaten insgesamt ermittelt? (Bitte aufschlüsseln nach Alter, Geschlecht.)

Zu 3.:

	männlich	weiblich	gesamt
Jugendliche	1	0	1
Erwachsene	16	2	18
Tatverdächtige gesamt	17	2	19

4. Über wie viele der Tatverdächtigen lagen polizeiliche Vorerkenntnisse aus dem Bereich PMK-rechts vor?

Zu 4.:

Zu fünf tatverdächtigen Personen lagen polizeiliche Vorerkenntnisse aus dem Phänomenbereich PMK -rechts- vor.

5. Wie viele Personen sind derzeit in Berlin registriert, für die im Fall einer Antragstellung nach der Bleiberechtsregelung kein anderer Aufenthaltstitel in Frage käme und die daher vollziehbar ausreisepflichtig wären?

Zu 5.:

Zum Stichtag 31.12.2020 waren in Berlin insgesamt 14.368 Personen vollziehbar ausreisepflichtig.

Nach der im Jahr 2018 erfolgten Ergänzung der Weisung vom 22. Mai 2017 zum Bleiberecht für Opfer von Gewaltstraftaten im Zusammenhang mit Hasskriminalität ist diese Regelung nicht nur auf vollziehbar ausreisepflichtige Personen anwendbar. Sie kommt auch dann zum Tragen, wenn die Betroffenen erst zu einem späteren Zeitpunkt ausreisepflichtig werden und für sie zu diesem Zeitpunkt kein anderer Aufenthaltstitel in Frage kommt.

6. Wie viele Anträge auf ein Bleiberecht für Opfer von Hasskriminalität wurden seit Bestehen der Weisung der Senatsverwaltung für Inneres über ein Bleiberecht für Betroffene von Gewaltstraftaten im Zusammenhang mit Hasskriminalität gestellt? (Bitte nach Jahren getrennt auflisten.)

Zu 6.:

Seit Bestehen der o. g. Weisung wurde bislang ein Antrag im Jahr 2019 beim Landesamt für Einwanderung (LEA) gestellt.

Alle übrigen geprüften Fälle wurden dem LEA nur bekannt, weil das Berliner Landeskriminalamt (LKA) den Sachverhalt ermittelt hat. Diese fielen nicht unter die Bleiberechtsregelung, weil sie nicht ausreisepflichtig waren. Für den Fall, dass in der Zukunft eine Ausreisepflicht eintreten sollte, ist in der Akte der betroffenen Personen vermerkt, dass es sich um ein Opfer von Hasskriminalität handelt, dem ggf. nach der Weisung eine Duldung zu erteilen und zur Antragstellung bei der Härtefallkommission zu raten wäre.

7. Wie viele Duldungen wurden im Zusammenhang mit der Weisung bislang auf welcher jeweiligen Rechtsgrundlage ausgestellt?

Zu 7.:

In einem Fall wurde von Amts wegen nach Bekanntwerden des Sachverhalts eine Duldung gemäß § 60a Abs. 2 Satz 2 AufenthG erteilt. Mittlerweile konnte der Betroffenen unabhängig von der Weisung ein Aufenthaltstitel nach § 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AufenthG erteilt werden.

8. Wie viele Aufenthaltserlaubnisse wurden im Zusammenhang mit der Weisung bislang auf welcher jeweiligen Rechtsgrundlage erteilt?
9. Wie viele Anträge wurden aus welchen jeweiligen Gründen abgelehnt? (Bitte aufschlüsseln.)

Zu 8. u. 9.:

Im Zusammenhang mit der Weisung wurden weder Aufenthaltserlaubnisse erteilt noch wurden Anträge abgelehnt.

10. Wie viele Fälle wurden insgesamt von den Sicherheitsbehörden als in Frage kommend gemeldet und wie viele von diesen wurden als ungeeignet für die Bleiberechtsregelung erachtet, weil
 - a. keine nachvollziehbare Ausreisepflicht bestand,
 - b. es an erheblichen Folgen der Tat mangelte,
 - c. dem Landesamt für Einwanderung die Einverständniserklärung der Betroffenen für eine Übermittlung fehlte oder
 - d. sonstige Gründe welcher Art vorherrschten?

Zu 10.:

Seit 2017 wurden insgesamt 23 Fälle vom LKA gemeldet.

- a) Davon waren bzw. sind 20 Personen nicht ausreisepflichtig.
 - b) In einem Fall schied die Anwendung der Bleiberechtsregelung bei einer ausreisepflichtigen Person aus, weil keine erheblichen Folgen der Gewalttat beim Geschädigten festgestellt werden konnten.
 - c) In einem anderen Fall fehlte es an der datenschutzrechtlichen Einverständniserklärung.
 - d) Eine weitere Person, die über das LKA bekannt wurde, wurde vom Landesamt für Einwanderung dahingehend beraten, einen Antrag bei der Härtefallkommission zu stellen; dies hat sie jedoch nie getan. Sie ist inzwischen mit einem deutschen Staatsangehörigen verheiratet und im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach § 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 Aufenthaltsgesetz (AufenthG).
11. Aus welchen Gründen seitens der Betroffenen kommt es zu einer ausbleibenden Einverständniserklärung an das Landesamt für Einwanderung zur Übermittlung des Falls mit der Folge, dass die Einleitung eines Antrags auf Bleiberecht nicht möglich war?

Zu 11.:

Die Gründe, warum keine Einverständniserklärung gegenüber dem Landesamt für Einwanderung erteilt wurde, damit in der Folge die Einleitung eines Antrages auf ein Bleiberecht möglich wird, sind hier nicht bekannt.

Berlin, den 04. März 2021

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Fallaufkommen zum Nachteil von geflüchteten Menschen 2020

Zähldelikt	Thema	Tatzeit	Sachverhalt	Straße	Ortsteil	Presse
§ 126 StGB Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten	A/A;fref;ausl	05.01.2020 15:32 Uhr	Ein unbekanntes Facebook-Mitglied äußerte sich in einem Facebook-Beitrag, abfällig u. a. über geflüchtete Menschen.	Dianastr.	Waidmanns-lust	Nein
§ 130 StGB Volksverhetzung	UvA;fref;V/P;a usl	24.01.2020 15:30 Uhr	Der Tatverdächtige erhielt ein Hausverbot. Während er aus seinem Zimmer seine gepackte Tasche holte, äußerte er sich rechtsgerichtet und gegen geflüchtete Menschen.	Kaiserdamm	Charlotten-burg	Nein
§ 130 StGB Volksverhetzung	A/A;fref;polGe g;ausl	03.02.2020 05:03 Uhr	Die tatverdächtige Person kommentierte auf Facebook einen Beitrag mit einem abfälligen Wortlaut u. a. über geflüchtete Menschen.	Sella-Hasse-Str.	Marzahn	Nein
§ 185 StGB Beleidigung	A/A;fref;ausl	12.02.2020 15:00 Uhr	Die geschädigte Person wurde beleidigt. Die Beleidigungen richteten sich u. a. gegen geflüchtete Menschen.	Goslarer Ufer	Charlotten-burg	Nein
§ 86a StGB Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	A/A;fref;ggli;V/ P;13.02.;ausl	12.02.2020 19:10 Uhr	Unbekannte Personen sprühten einen Schriftzug, der sich inhaltlich u. a. gegen geflüchtete Menschen richtete. Des Weiteren wurde rechte Symbolik verwendet und ein Plakat mit Bezug zur Bombardierung Dresdens angebracht.	An den Achterhöfen	Buckow	Nein

Zähldelikt	Thema	Tatzeit	Sachverhalt	Straße	Ortsteil	Presse
§ 86a StGB Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	A/A;asm;fref; Rass;V/P;ausl	23.02.2020 17:20 Uhr	Unbekannte Personen schrieben und zeichneten an Wände und Fensterscheiben im Innenhof einer Schule rechtsgerichtete Symbole sowie antisemitische und gegen geflüchtete Menschen gerichtete Schriftzüge.	Dreilindenstr.	Nikolassee	Nein
§ 185 StGB Beleidigung	A/A;fref;ausl	06.03.2020 00:40 Uhr	Die geschädigte Person wurde auf dem Weg zu seiner Gemeinschaftsunterkunft von drei Männern verfolgt und beleidigt.	Walter-Friedrich- Str.	Buch	Nein
§ 86a StGB Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	A/A;I/S;fref;pol Geg;V/P;VN; ausl	09.03.2020 18:55 Uhr	Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung erhielt eine E-Mail, in der sich die verfassende Person abfällig u. a. über geflüchtete Menschen äußerte.	Dorotheenstr.	Mitte	Nein
§ 86a StGB Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	A/A;fref;V/P; ausl	10.03.März 2020 12:00 Uhr	Unbekannte Tatbegehende ritzen ein Hakenkreuz in die Wohnungstür der geschädigten Personen, bei denen es sich um geflüchtete Menschen handelt.	Wörlitzer Str.	Marzahn	Nein
§ 30 StGB Versuch der Beteiligung	UvA;fref;AN; ausl	20.03.2020 23:59 Uhr	Die Tatverdächtigen stehen im Verdacht, eine Unterkunft ausgespäht zu haben, um diese in Brand zu setzen.	Karl-Marx-Allee	Neukölln	Nein
§ 303 StGB Sachbeschädigung	A/A;fref;ausl	25.03.2020 20:00 Uhr	Unbekannte Personen brachten einen Aufkleber an, der sich inhaltlich gegen geflüchtete Menschen richtete.	Kummerower Ring	Hellersdorf	Nein
§ 130 StGB Volksverhetzung	A/A;fref;islam; ausl	05.04.2020 00:15 Uhr	Die tatverdächtige Person veröffentlichte unter einem Video zum Thema geflüchtete Menschen einen ausländerfeindlichen Kommentar.	Perlpilzstr.	Bohnsdorf	Nein

Zähldelikt	Thema	Tatzeit	Sachverhalt	Straße	Ortsteil	Presse
§ 130 StGB Volksverhetzung	A/A;fref;ausl	15.04.2020	Auf Facebook veröffentlichte die tatverdächtige Person zu einem Artikel über geflüchtete Menschen einen volksverhetzenden Kommentar.	Südekumzeile	Staaken	Nein
§ 130 StGB Volksverhetzung	A/A;fref;ausl	27.04.2020 09:30 Uhr	Die tatverdächtige Person veröffentlichte einen Artikel der rechtsgerichteten Zeitung "Volksstimme", der Straftaten von geflüchtete Menschen thematisierte. Diese Veröffentlichung versah sie mit einer abfälligen Überschrift.	Rathausstr.	Mitte	Nein
§ 304 StGB Gemeinschädliche Sachbeschädigung	A/A;fref;V/P; ausl	15.05.2020 08:00 Uhr	Unbekannte Personen brachten mehrere Aufkleber an mehreren Objekten an, die sich inhaltlich gegen geflüchtete Menschen richteten.	Eisenacher Str.	Marzahn	Nein
§ 303 StGB Sachbeschädigung	A/A;fref;ausl	25.05.2020 23:50 Uhr	Unbekannte Personen sprühten einen Schriftzug, der sich gegen geflüchtete Menschen richtete.	Conrad-Blenkle-Str.	Prenzlauer Berg	Nein
§ 185 StGB Beleidigung	A/A;fref;ausl	26.05.2020 17:25 Uhr	Im Rahmen eines Streitgesprächs wurde die geschädigte Person beleidigt. Die Beleidigungen richteten sich u. a. gegen geflüchtete Menschen.	U-Bhf. Elsterwerdaer Platz	Biesdorf	Nein
§ 303 StGB Sachbeschädigung	A/A;fref;Rass; ausl;	26.05.2020 23:59 Uhr	Unbekannte Personen sprühten einen Schriftzug, der sich inhaltlich u. a. gegen geflüchtete Menschen richtete.	Conrad-Blenkle-Str.	Prenzlauer Berg	Nein
§ 130 StGB Volksverhetzung	A/A;fref;VN; islam;ausl;	11.06.2020 05:17 Uhr	Die geschädigte Person erhielt eine E-Mail, die sich u. a. gegen geflüchtete Menschen richtete.	Oranienstr.	Kreuzberg	Nein

Zähldelikt	Thema	Tatzeit	Sachverhalt	Straße	Ortsteil	Presse
§ 304 StGB Gemeinschädliche Sachbeschädigung	A/A;fref;V/P; ausl	17.06.2020 17:30 Uhr	Unbekannte Personen brachten mehrere Aufkleber an, die sich inhaltlich gegen geflüchtete Menschen richteten.	Eisenacher Str.	Marzahn	Nein
§ 111 StGB Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	A/A;asm;fref; polGeg;ausl;	17.06.2020 21:26 Uhr	In einer Facebook-Gruppe beleidigte die tatverdächtige Person die Bundeskanzlerin und äußerte sich abfällig u. a. über geflüchtete Menschen.	Maulbeerallee	Staaken	Nein
§ 130 StGB Volksverhetzung	A/A;fref;Rass; islam;ausl	22.06.2020 08:42 Uhr	Eine unbekannte tatverdächtige Person äußerte sich auf Facebook abfällig u. a. über geflüchtete Menschen.	Mehrower Allee	Marzahn	Nein
§ 185 StGB Beleidigung	A/A;fref;ausl	22.06.2020 14:00 Uhr	Die geschädigte Person wurde durch die tatverdächtige Person mehrfach beleidigt. Die Beleidigungen richteten sich u. a. gegen geflüchtete Menschen.	Stubbenkammer str.	Prenzlauer Berg	Nein
§ 304 StGB Gemeinschädliche Sachbeschädigung	A/A;fref;V/P; ausl	22.06.2020 15:37 Uhr	Unbekannte Personen brachten mehrere Aufkleber an, die sich inhaltlich gegen geflüchtete Menschen richteten.	S-Bhf. Biesdorf	Biesdorf	Nein
§ 304 StGB Gemeinschädliche Sachbeschädigung	A/A;fref;ggli; V/P;ausl	08.07. 2020 14:39 Uhr	Unbekannte Personen brachten mehrere Aufkleber an mehreren Objekten an, die sich inhaltlich gegen geflüchtete Menschen richteten.	John-Heartfield-Str.	Hellersdorf	Nein
§ 130 StGB Volksverhetzung	A/A;fref;VN; islam	10.07.2020 09:58 Uhr	Über das Kontaktformular einer Hilfsorganisation ging eine Mail ein, die sich u. a. gegen geflüchtete Menschen richtete.	Fehrbelliner Str.	Prenzlauer Berg	Nein

Zähldelikt	Thema	Tatzeit	Sachverhalt	Straße	Ortsteil	Presse
§ 241 StGB Bedrohung	A/A;fref;Rass; VN;ausl	10.07.2020 10:32 Uhr	An einen Verein wurde eine Nachricht über ein Kontaktformular versandt, die sich inhaltlich u. a. gegen geflüchtete Menschen richtete.	Landsberger Allee	Friedrichs- hain	Nein
§ 130 StGB Volksverhetzung	A/A;fref;ausl	15.07.2020 20:50 Uhr	Eine unbekannte tatverdächtige Person beleidigte die geschädigte Person im Zuge eines Streitgesprächs vor einer Flüchtlingsunterkunft.	Chris-Gueffroy- Allee	Baumschu- lenweg	Nein
§ 130 StGB Volksverhetzung	A/A;fref; polGeg;ausl	25.07.2020 14:31 Uhr	Die geschädigte Person erhielt eine E-Mail, die sich inhaltlich u. a. gegen geflüchtete Menschen richtete.	Platz der Republik	Tiergarten	Nein
§ 130 StGB Volksverhetzung	A/A;fref;VN; ausl	28.07.2020	Unbekannte Personen verschickten Briefe, die sich inhaltlich u. a. gegen geflüchtete Menschen richteten.	Königin- Elisabeth-Str.	Westend	Nein
§ 185 StGB Beleidigung	A/A;fref;islam; ausl	15.08.2020 11:30 Uhr	Die geschädigte Person wurde mehrfach aufgrund des Tragens eines Kopftuches beleidigt und aufgefordert, zurück nach Syrien zu gehen.	Harnackstr.	Lichtenberg	Nein
§ 130 StGB Volksverhetzung	A/A;l/S;asm; fref;Rass;V/P; ggSta;ggMe; ausl	08.09.2020	Eine unbekannte Person verfasste ein Schreiben, an die Bundesregierung, welches sich inhaltlich u. a. gegen geflüchtete Menschen richtete.	Platz der Republik	Tiergarten	Nein
§ 86a StGB Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	A/A;fref;V/P; ausl	16.09.2020 04:00 Uhr	Unbekannte Personen schrieben und zeichneten in einem Fahrstuhl rechte Symbole und Schriftzüge, die sich gegen geflüchtete Menschen richteten. Bei dem Objekt handelt es sich u. a. um eine Gemeinschaftsunterkunft für geflüchtete Menschen.	Gehrenseestr.	Alt- Hohenschön hausen	Nein

Zähldelikt	Thema	Tatzeit	Sachverhalt	Straße	Ortsteil	Presse
§ 130 StGB Volksverhetzung	A/A;fref;ausl	21.09.2020	Bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport ging ein anonymes Schreiben ein, in dem gegen geflüchtete Menschen gehetzt wurde.	Klosterstr.	Mitte	Nein
§ 185 StGB Beleidigung	A/A;K/P;fref; VN;ausl	22.09.2020 00:56 Uhr	Eine unbekannte tatverdächtige Person sandte eine E-Mail an einen Verein, der sich inhaltlich u. a. gegen geflüchtete Menschen richtete.	Libauer Str.	Friedrichshain	Nein
§ 185 StGB Beleidigung	A/A;fref;Rass; ausl	22.09.2020 19:00 Uhr	Im Rahmen von Streitigkeiten äußerte sich die tatverdächtige Person rassistisch gegen geflüchtete Menschen.	S-Bhf. Alexanderplatz	Mitte	Nein
§ 223 StGB Körperverletzung	A/A;fref;Rass	30.09.2020 20:00 Uhr	Die geschädigte Person wurde von einer unbekanntenen Person mit rassistischen Äußerungen, die sich zum Teil gegen geflüchtete Menschen richteten, beleidigt.	U-Bhf. Zoologischer Garten	Charlottenburg	Nein
§ 223 StGB Körperverletzung	A/A;K/P;fref; ausl	03.10.2020 03:50 Uhr	Die geschädigte Person wurde beleidigt und mehrfach ins Gesicht geschlagen. Die Tatbegehenden hielten sie offenbar für einen geflüchteten Menschen.	S-Bhf. Lichtenberg	Rummelsburg	Nr. 2317
§ 130 StGB Volksverhetzung	A/A;fref;VN; ausl	07.10.2020	Unbekannte Personen verschickten Briefe, die sich inhaltlich u. a. gegen geflüchtete Menschen richteten.	Keithstraße	Tiergarten	Nein
§ 130 StGB Volksverhetzung	A/A;asm;fref; Rass;V/P;VN; Um;ggSta; ggMe;ausl	08.10.2020 00:01 Uhr	Im Bundeskanzleramt ging ein Schreiben ein, welches sich u. a. gegen geflüchtete Menschen richtete.	Willy-Brandt-Str.	Tiergarten	Nein

Zähldelikt	Thema	Tatzeit	Sachverhalt	Straße	Ortsteil	Presse
§ 303 StGB Sachbeschädigung	A/A;fref;VN; ausl	30.10.2020 15:00 Uhr	Unbekannte Personen brachten mehrere Aufkleber an, die sich inhaltlich gegen geflüchtete Menschen richteten.	Zingster Str.	Neu-Hohenschönhausen	Nein
§ 130 StGB Volksverhetzung	A/A;fref;Rass; ausl	01.11.2020 14:58 Uhr	Die tatverdächtige Person sandte eine E-Mail an die geschädigte Organisation, die sich inhaltlich u. a. gegen geflüchtete Menschen richtete.	Radickestr.	Adlershof	Nein
§ 130 StGB Volksverhetzung	A/A;fref;Rass; VN;ausl	21.11.2020 23:59 Uhr	Im Rahmen eines Streitgesprächs äußerte sich die tatverdächtige Person gegenüber der geschädigten Person abfällig u. a. über geflüchtete Menschen.	S-Bhf. Südkreuz	Schöneberg	Nein
§ 185 StGB Beleidigung	A/A;fref;VN; ausl	04.12.2020 23:59 Uhr	Unbekannte Personen warfen einen Brief mit beleidigendem Inhalt in den Briefkasten der geschädigten Person ein. Dieser enthielt zudem Formulare und Informationsblätter für die freiwillige Rückkehr von geflüchteten Menschen in ihr Heimatland.	Wilhelminenhofstr.	Oberschöne weide	Nein
§ 130 StGB Volksverhetzung	A/A;fref; polGeg;ggSta; islam;Pol; ggMe;ausl	08.12.2020 00:15 Uhr	Eine unbekannt tatverdächtige Person sandte an einen Fernsehsender eine E-Mail, die sich gegen einen Moderator und u. a. geflüchtete Menschen richtete.	Dorotheenstr.	Mitte	Nein
§ 185 StGB Beleidigung	A/A;fref;ausl	11.12.2020 19:30 Uhr	Die tatverdächtige Person beleidigte die geschädigte Person. Die Beleidigungen richteten sich u. a. gegen geflüchtete Menschen.	Nollendorfplatz	Schöneberg	Nein

Zähldelikt	Thema	Tatzeit	Sachverhalt	Straße	Ortsteil	Presse
§ 140 StGB Belohnung und Billigung von Straftaten	A/A;fref;ggSta; islam;ausl	18.12.2020 08:00 Uhr	Ein Schulkind verkaufte ein selbst verfasstes Pamphlet, das eine Geschichte beinhaltete, in der der Islamische Glauben durchgängig diffamiert wurde. Außerdem wurden mehrere Anschläge thematisiert und u. a. geflüchtete Menschen beleidigt.	Mettestr.	Schöneberg	Nein
§ 185 StGB Beleidigung	A/A;fref; gesSta;Rass; ggSta;az;ausl	19.12.2020 07:13 Uhr	Eine unbekannte Person beleidigte mehrere Mitfahrende rassistisch. Die Beleidigungen richteten sich u. a. gegen geflüchtete Menschen.	U-Bhf. Moritzplatz	Kreuzberg	Nein

Erläuterungen:

Abkürzung	Bezeichnung
13.02.	Politischer Kalender - Bombardierung Dresdens
A/A	Ausländer-Asylthematik
asm	antisemitisch
ausl	ausländerfeindlich
az	antiziganistisch
fref	fremdenfeindlich
geSta	gesellschaftlicher Status
ggli	gegen links
ggMe	gegen Medien
ggSta	gegen den Staat, seine Einrichtungen und Symbole
I/S	Innen- und Sicherheitspolitik
islam	islamfeindlich
K/P	Konfrontation/politische Einstellung
Pol	Polizei

Abkürzung	Bezeichnung
polGeg	gegen sonstige politische Gegner
Rass	Rassismus
StGB	Strafgesetzbuch
Um	Umstrukturierung
UvA	Unterbringung von Asylbewerbern
V/P	Verherrlichung/Propaganda
VN	Völkischer Nationalismus